

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 59 (1965)
Heft: 2

Rubrik: Schweizerisches

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

auch die lange hinausgezögerte Vertreibung Tschombés aus dem Katanga und sein Wiederauftreten als Hauptfigur des Kongo, ist undenkbar, wären nicht die Drähte von Washington, London und Brüssel in holdem Einvernehmen gezogen worden.

Doch selbst mit den Söldnern und Kasavubus, mit der durch die NATO ausgebildeten Armee kann sich das Tschombé-Kasavubu-Regime nicht halten und ein Gebiet so groß wie Westeuropa beherrschen. Sie können einige Städte einnehmen, aber um das offene Land zu halten, genügen selbst Tschombés Killer nicht. Entweder müssen die USA ihre eigenen Truppen einsetzen oder sich zurückziehen.

Doch wäre es naiv, eine plötzliche Wendung zu erwarten. Unter dem Deckmantel einer UN-Operation ist der Kongo mit seinen Reichtümern und seiner strategischen Bedeutung aus einer belgischen zu einer amerikanischen Einflußsphäre geworden: Amerikanisches Kapital, das früher nach britischen und belgischen Interessen an dritter Stelle rangierte, beherrscht heute finanziell die Szene.

Wenn Amerika seine jetzige Politik fortsetzt, so wird sich der Kongo vielleicht erst nach Jahren von Guerillakämpfen gegen die Strohmännerregime durchsetzen, die wir ihm aufzwingen wollen. Die schlecht ausgerüsteten und primitiven Kampfverbände, die am eigenen Leibe erfahren, welche Formen der moderne Imperialismus annehmen kann, werden sich — das ist nicht zu vermeiden — an China um Hilfe wenden, als dem Land, das die westlichen Nationen in ähnlichem Lichte sieht. Langwierige Dschungelkriege, die sich zur allgemeinen Katastrophe ausweiten können, das sind die Risiken, die wir in Afrika auf uns nehmen, wenn wir uns nicht bald frei machen vom Kleinkrieg im Herzen Afrikas, auf den einzig die CIA stolz ist.

Aus I. F. Stone's Weekly, 11. Januar 1965.

SCHWEIZERISCHES

«Einerlei Gesetz sei dem Einheimischen und dem Fremden . . .»

Die Probleme, die uns mit dem ausländischen Arbeitnehmer erwachsen, sind vielfältig. Setzen wir gar anstatt Ausländer das Wort «Fremdling», so gehen die sich stellenden Fragen bis ins Alte Testament zurück. Am Fremdling haben die Eingesessenen sich damals schon gestoßen, und sie stoßen sich heute noch. Sie stoßen sich sogar in einem Lande, das nicht genug wiederholen kann, wie bei uns vier verschiedene Landessprachen einträchtiglich nebeneinander geredet werden, verschiedenste religiöse Glaubensbekenntnisse ihre Kirchen und Kapellen bauen, und wo gar auf Nationalratsebene keine einflußreiche Oppositionspartei mehr bestehe.

Und das Eigentümliche des Sichstoßens liegt wohl darin, daß der größte Teil dieser Fremdlinge eine unserer Landessprachen spricht!

*

Nicht überall wird der Fremdling — besonders wenn er nicht als reicher Tourist kommt — so scheel angesehen wie bei uns.

So lebte der Schreiber lange Zeit mit Bergwerkarbeitern des Ruhrlandes zusammen, Schulter an Schulter während Jahren mit den Proleten der Banlieue von Paris, und es ist ihm in der Fremde so ergangen, wie *Carl Spitteler* in seinem Buche «Imago» seinen Helden Viktor es aussprechen läßt, wenn er Heimat und Fremde miteinander vergleicht: Es heißt dort: «Draußen in der Fremde: offene Arme, warme Aufnahme, gutwillige Duldung seiner Eigentümlichkeit, Nachsicht gegen seine Fehler, hier in der Heimat: engherzige Nörgelei, Unfehlbarkeitsdünkel . . .» Fremdes Brot zu essen, ist gleichwohl nicht leicht, besonders nicht in der Schweiz. Es ist schon darum nicht leicht, weil einige der eben genannten schweizerischen «Tugenden» sich stark gegen den fremden Arbeitnehmer kehren, und weil der Fremdling durch seine sogenannte «untergeordnete», aber gerade für unsere Wirtschaft unentbehrliche Arbeit immer mehr eine Verachtung der neuen schweizerischen «Herrenrasse» zu spüren bekommt. Jene Zeiten, in der ein Tolstoj den hohen Wert körperlicher Arbeit sowohl für das Individuum wie für die Gesellschaft richtig einzuschätzen wußte, ist vorbei.

Ausnahmebestimmungen sprechen zudem unseren ausländischen Arbeitern ein anderes Recht als den eingesessenen Hintersässen — zweierlei Recht aber, wir denken dabei an die Neger in den USA, wirkt verhängnisvoll. Und darum fordern wir: «Einerlei Gesetz sei dem Einheimischen und dem Fremden, der unter Euch wohnt.» 2. Mose 12, 49.

*

Das also ist eine altbiblische Forderung, es ist eine christliche, ist eine ethische Forderung. Ist es nicht vor allem eine sozialistische, internationale Forderung?

Der ausländische Arbeiter ist unser Arbeitskollege, auch dann, wenn wir es mit ihm auf dem Arbeitsplatz nicht immer leicht haben. Er muß immer mehr auch unser Gewerkschaftskollege werden. Bekommt er endlich seine Niederlassung und wird politisch gleichgestellt, dann hängt es von uns ab, daß er in den politischen Arbeiterparteien das Gewicht fortschrittlicher Arbeitnehmer verdoppeln hilft.

*

Auch der Fremdling ist ein Mensch, auch er hat menschliche Würde. Der Kampf um diese Menschenwürde ist nie zu Ende. Er beginnt immer wieder neu, er erweitert sich und muß umfassend sein. Alle ausländischen Arbeitskräfte, die bei uns leben und die ihr Brot

für sich und ihre Kinder auf ehrliche Weise verdienen, dürfen in keiner Weise diskriminiert werden, und sie müssen unter dem gleichen Rechte stehen wie die Schweizer Bürger, denn:

«Einerlei Gesetz sei dem Einheimischen und dem Fremden, der unter Euch wohnt.»

Werner Egli

WELTRUNDSCHAU

Wettrüsten – Militärzwang Von nichts reden die Staatsmänner aller Länder lieber als von ihrem heißen Willen, einen dauerhaften Frieden in der Welt aufzurichten zu helfen. Aber nichts liegt ihnen bei ihrem *Tun* mehr am Herzen, als ihre Völker auf den Krieg vorzubereiten, unter dem uralten, unwahren Vorwand, der Friede sei um so besser gesichert, je besser man für den Kriegsfall gerüstet sei — den man doch gerade mit diesem Wettrüsten am wirksamsten herbeizieht. So hat auch Präsident Johnson in seiner Botschaft zur «Verteidigungspolitik» vom 15. Januar erklärt: «Wir rüsten für den Frieden, nicht für den Krieg» und einen Plan vorgelegt, der für das Finanzjahr 1965/66 Militärausgaben von nicht weniger als 49 Milliarden Dollar (etwa 210 Milliarden Schweizer Franken) vorsieht, was fast der Hälfte aller Ausgaben der Vereinigten Staaten entspricht. Und sein Kriegsminister MacNamara hat versichert, daß die USA mit ihren 1100 Bombern und über 800 Lenk- raketen der Sowjetunion weit überlegen sei, habe diese doch weniger als 200 Fernraketen und kaum mehr als 115 Bomber, die zudem nur Kanada und den Nordwesten der Vereinigten Staaten treffen könnten.

Daß die Sowjetunion eben darum alles tut, ihre militärische Schlagkraft zu erhöhen (bei gleichzeitiger Vorlegung immer neuer Abrüstungspläne), darf als selbstverständlich angenommen werden. Auch China hat kürzlich mit der Verlängerung der Militärdienstpflicht auf vier (ja zum Teil auf fünf und sechs) Jahre seine Kriegsbereitschaft verstärkt. Und alle andern Staaten, nicht zuletzt die Schweiz, rüsten nach wie vor immer weiter «zum Frieden», wobei verschiedene von ihnen ihr Augenmerk immer schärfer auf die Entwicklung von Atomwaffen richten. Die Fachleute rechnen bereits damit, daß bis 1970 neun weitere Staaten dem Kreis der bisherigen Atomkräfte beitreten würden: Indien, Kanada, Westdeutschland, Schweden, Japan, Italien, Israel, Australien und Indonesien. Eine wahrhaft grauenhafte Aussicht!

Wie die Regierungen vor ihren Völkern die Kriegsrüstungen politisch begründen, ist bekannt. Diejenigen der «freien» Nationen sagen: «Wenn wir uns *nicht* bis zu den Zähnen bewaffnen, fallen die kommunistischen Armeen und Luftflotten über uns her und versklaven